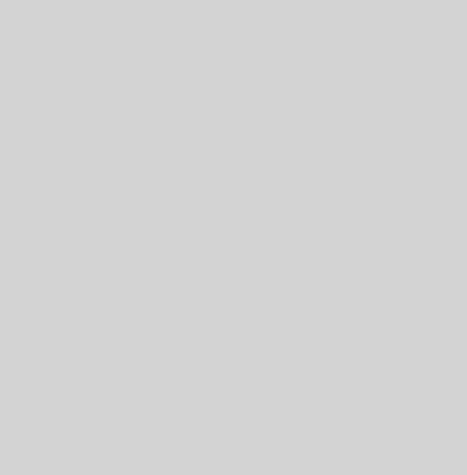


Oskar Negt

Unterschlagnene Wirklichkeit

Leben wir in einer Gesellschaft des politischen Selbstbetrugs?

Die politische Klasse, die sich als Verantwortungsträgerin für das Gemeinwohl versteht, beklagt lauthals, dass Wahlbeteiligungen schrumpfen, die jüngere Generation immer weniger Anteil am offiziellen politischen Geschehen nimmt, den Parteien die Menschen abhanden kommen. Merkwürdig, dass die politischen Eliten die Kritik nie auf sich selbst beziehen und ihr eigenes Versagen zum öffentlichen Thema machen, was auf Grundlage ihrer privilegierten Einflusschancen in der Medienwirklichkeit durchaus denkbar wäre. Leben wir in einer Gesellschaft des politischen Selbstbetrugs?



Max Weber, der umsichtige Forscher im Bereich von Herrschaft, Macht und bürokratischen Versteinerungen, hat dem professionellen Politiker ein gutes Gewissen verschaffen wollen, indem er ihn von der inneren Last des Gewissensethikers befreite. Das war kein Freibrief für Sorglosigkeit, sondern das Gegenteil: Der Politiker unterliegt einer Verantwortungsethik, die ihn bindet und verpflichtet, die Balance zwischen Individualinteressen und Gemeinwesen im Auge zu behalten. »Politik bedeutet«, sagt der Pragmatiker in Max Weber, »ein starkes langsames Bohren von

harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Es ist ja durchaus richtig, und alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, dass man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre.«

Was sind aber die harten Bretter, die heute mit Ausdauer zu bohren wären, selbst wenn man nicht sicher sein kann, dass eines Tages aus dem Unmöglichen Wirklichkeit wird?

Die Ökologieproblematik im umfassenden Sinne eines pfleglichen Umgangs mit der Natur, den Menschen und den Dingen – das ist so ein hartholziges politisches Brett, daran wird gebohrt, immer wieder, mit wechselndem Erfolg, aber einer gewissen Beharrlichkeit, weil offenbar immer mehr Menschen begreifen, dass ihr eigenes Verhalten, ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse mit dem, was der Natur angetan wird, einen Zusammenhang bilden.

Es wäre aber abwegig und würde den realen Krisenhorizont unserer Welt verkürzen, wollte man alle politische Energie auf das ökologische Handlungsfeld konzentrieren; andere Krisenherde, die sich leicht zu

Flächenbränden sozialer Unruhen ausweiten können, sind für den inneren Zusammenhalt und die Balancen demokratischer Strukturen von nicht geringerer Bedeutung. Es kommt sogar vor, dass in der offiziell festgestampften Rangordnung der Probleme, die politisches Handeln herausfordern, das herausragende Gewicht des Klimaschutzes als Vorwand genommen wird, andere gesellschaftliche Probleme zu entwerten.

Drei dieser Probleme, die zu den Bereichen unterschlagener Wirklichkeit zählen, seien exemplarisch skizziert. Da ist zum einen das harte Thema Arbeitsgesellschaft, nicht nur im Blick auf chronische Arbeitslosigkeit, sondern vor allem bezogen auf die sichtbaren Verwerfungen und Balancestörungen unserer Lebensverhältnisse, z.B.

der Beziehungen zwischen Markt und Gemeinwesen.

Wer trägt Verantwortung dafür? Die politische Klasse erklärt sich für unzuständig, wenn es um Forderungen verschärfter Kontrollen oder rechtsförmiger, also einklagbarer Regelungen geht, die den Warenverkehr und die Kapitalbewegungen betreffen. Als Hannah Arendt 1960, im Klima beginnender Vollbeschäftigung der Nachkriegsgesellschaften, die beunruhigende Diagnose stellte: Was uns »bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgeht, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?« – Da konnte sie nicht ahnen, dass es noch schlimmer kommen würde. Es könnte ja hoffnungsfroh stimmen, wäre lebendige Arbeit die einzige Tätigkeit, auf die sich diese Gesellschaft versteht – dann wäre ein öffentlicher Prozess des Nachdenkens darüber möglich, dass die auf den Markt bezogene Warenproduktion immer rationeller wird, immer weniger lebendige Arbeitskraft bindet, während der Bedarf an Gemeinwesenarbeit fortwährend wächst, aber kein Wirtschaftsunternehmen dafür einzahlen möchte. Nicht Arbeit bestimmt den öffentlichen Diskurs über das Gewicht politischer Handlungsfelder, sondern die betriebswirtschaftliche Denkweise, die das, was einmal Wohlstandsökonomie, »Ökonomie des Ganzen Hauses« hieß, völlig aufgezehrt hat.

Das hat fatale Folgen für die zentralen Strukturbrüche unserer entwickelten Gesellschaft: Es besteht die Gefahr einer Dreiteilung. Ein Drittel der Menschen fühlt sich wohl, politisch und kulturell integriert, verfügt auf der Grundlage einigermaßen gesicherter Erwerbsarbeitsplätze über Lebenszeitplanungen und räumliche Bewegungsfreiheit. Ein zweites Drittel existiert in einem Milieu sozialdarwinistisch geprägten Überlebenskampfes in fortwährend prekären Verhältnissen, von einem Billig-Job zum anderen; Prekariat ist kein schlechter Ausdruck für diese Gesellschaftsschicht. Das letzte Drittel ist die wachsende Armee der dauerhaft Überflüssigen, die für diese Form der marktorientierten Arbeitsgesellschaft einfach nicht mehr gebraucht werden. Sie könnten durchaus produktive Arbeit für das Gemeinwesen, in den Städten, den Bildungseinrichtungen leisten, dazu wäre aber eine Strukturveränderung der Gesellschaft nötig. Max Weber würde sagen: Das ist ein hartes Brett, das mit Verantwortungsbewusstsein, Augenmaß und Leidenschaft zu bohren, Aufgabe der Politik wäre. Aber es bohrt niemand daran.

»Nicht Arbeit bestimmt den öffentlichen Diskurs über das Gewicht politischer Handlungsfelder, sondern die betriebswirtschaftliche Denkweise.«

Das gilt auch für den zweiten Problemkomplex: die wachsende Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte, die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich, das Auseinanderbrechen von Zentrum und Peripherie, die sich zuspitzende Klassenschichtung in den Bildungsbereichen. Das betrifft Systemfragen und nicht bloß Randgruppenerscheinungen oder zufällige Auswüchse. Eine der reichsten Gesellschaften der Welt und der Geschichte, wie Deutschland, erlaubt sich den Skandal, dass jedes fünfte Kind unter Armutsbedingungen aufwächst. Die Managereinkommen der 30 größten DAX-Unternehmen wachsen von Jahr zu Jahr, aber die Gewinne von heute sind nicht mehr, wie der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt noch verkündete, die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Es ist ganz anders: die Gewinne von heute sind die Arbeitslosen von morgen.

Polarisierung auch auf der Ebene von Bildung: Elite- oder Exzellenz-Universitäten werden staatlich gefördert, um wissenschaftliche Produktivkraft als Instrument der Krisenlösung einzusetzen, aber die Universitäten werden gleichzeitig von ihrem humanistischen und universalistischen Anspruch getrennt und auf den Stand erweiterter Fachhochschulen herabgedrückt. Die betriebswirtschaftliche Verengung der Bildungsinhalte und die Modulideologie zerstören wesentliche Elemente der Freiheit in Forschung und Lehre. Jedenfalls kann keine Rede mehr davon sein, dass Persönlichkeitsbildung in diesem Zusammenhang zentrales Lernziel ist.

»Eine Gesellschaft, die Polarisierungen geschehen lässt oder gar fördert, begeht politischen Selbstbetrug.«

Schließlich haben wir es mit einer Polarisierung von Zentrum und Peripherie zu tun. Zentren werden politisch und materiell gefördert, im Aberglauben, dass Schwerpunktsetzungen die Hauptaufgabe des Krisenmanagements sind. In Wirklichkeit veröden die Randstädte und die Randregionen, die, von den Zentren abgekoppelt, zu Sammelstätten der Hoffnungslosigkeit und der Gewalt werden. Diese harten Bretter zu bohren bedarf es besonderer Energie und Ausdauer.

Eine Gesellschaft, die solche Polarisierungen geschehen lässt oder gar fördert, begeht politischen Selbstbetrug, weil sie unter dem gestohlenen Mantel von Reformen das Gerechtigkeitsgefüge in den Lebensverhältnissen antastet, das für den menschlichen Zusammenhalt einer Gesellschaft entscheidend ist.

Dieser Zusammenhalt ist gefährdet, wenn mit dem Abbau des Sozialstaates immer mehr Kosten in den Sicherheitsstaat investiert werden müssen. Die durch sozialstaatliche Sicherungen verbürgte Angstfreiheit der Menschen ist der demokratischen Substanz unserer Gesellschaftsordnung zu Gute gekommen. Das setzt allerdings auch die Idee einer vernünftig organisierten Gesamtordnung voraus, die als überzeugende Leitnorm politischen Handelns Anerkennung findet.

Wo das Gemeinwesen zu einer Ansammlung von markt- und börsenorientierten Einzelinteressen verkommt, zersetzt sich am Ende die Idee des gesellschaftlichen Ganzen, für dessen Wohl und Wehe Menschen bereitwillig Verantwortung übernehmen, dem sie freiwillig und mit Befriedigung eigene politische Kraft widmen.

Demokratie ist kein bloßes Institutionengeflecht, das man auf Dauer durch das Angebot gesicherter Wahlkabinen am Leben erhalten kann. Sie ist ein zerbrechliches Gebilde, dessen Überlebenschancen viel Wissen, vor allem aber Mut zur Aufklärung und politische Urteilskraft erforderlich macht.

Um es allgemeiner zu sagen: Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – nicht ein für alle Mal, so als könnte man sich einen gesicherten Regelbestand anlegen, der fürs ganze Leben ausreicht, sondern immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein. Nimmt man also das höchst strapazierte Wort vom Leben begleitenden Lernen in den Mund, dann ist zunächst Nachdenken darüber erforderlich, worin diese Dimension politischen Lernens besteht, bevor man sich den marktbezogenen individuellen Qualifikationsanforderungen zuwendet.

Das führt zum letzten Punkt der Argumentation, zur Bedeutung politischer Bildung. Sie ist um so dringender, je weiter die wuchernden Einzelinteressen bestrebt sind, sich vom Ganzen einer Gesellschaft, dem Wohl und Wehe eines vernünftig eingerichteten Ganzen, abzukoppeln.

Gegenwärtig befindet sich die offizielle Politik im Schlepptau betriebswirtschaftlicher Mentalität, die dem Irrglauben anhängt, die Summe der betriebswirtschaftlich rationalisierten Einzelbetriebe bilde den Gesamtwohlstand der Gesellschaft. So ist von dieser Seite die Aufklärung des zur materiellen Gewalt gewordenen politischen Selbstbetrugs kaum zu erwarten. Die Forderung geht deshalb weiter nach unten, an die Zivilgesellschaft in allen Handlungsbereichen, an die Betriebe und Verwaltungen ebenso wie an die Schulen und Universitäten. Der Ausbildung politischer Urteilskraft, der einzigen verlässlichen Basis der Selbstaufklärung einer Gesellschaft und Lernprozessen jeglicher Art, muss wiederum hoher Rang zugeschrieben werden. Wenn die Menschen in unübersichtlichen Krisensituationen und gesellschaftlichen Umbrüchen die Orientierung verlieren, werden sie anfällig für Sicherheitsangebote politischer und religiöser Scharlatane. »Habe Mut, dich deines Verstandes ohne Anleitung eines anderen zu bedienen«, ist die Aufklärungsparole Immanuel Kants. Dieser öffentliche Gebrauch der Vernunft enthielte heute auch die Aufforderung, der Privatisierung und Kommerzialisierung des Alltagslebens Barrieren entgegenzusetzen. Wenn die kollektiven Erlebniszeiten und die öffentlichen Erfahrungsräume schrumpfen wie im gegenwärtigen Betriebsklima unserer Gesellschaft, dann zerbröckeln die politischen Handlungsalternativen. Plötzlich erscheint alles alternativlos; das ist jedoch ein fataler Irrtum. Politische Bildung kann dazu dienen, diesen Irrtum zu beseitigen; die Herstellung politischer Urteilskraft ist eine existenzielle Notwendigkeit für den humanen Zusammenhalt einer demokratischen Gesellschaft, nicht zuletzt für den europäischen Integrationsprozess.

»Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein.«

Oskar Negt (*1934)
war bis zu seiner Emeritierung 2002 Professor für Soziologie
an der Universität Hannover.